

Die zweite Phase der europäischen Wirtschaftsintegration wurde durch verschiedene Krisen geprägt, die die neue Gemeinschaft allmählich destabilisierten. Die erste Krise war das Ende des Internationalen Währungssystems (IWS), dessen Stabilität ab Mitte der 1960er Jahre vor allem durch die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten untergraben wurde. Die sozialen Krisen der 1968er Jahre machten deutlich, wie brüchig der politische Kompromiss der internationalen Wirtschaftsintegration war. Der Ölpreisschock 1973 bestätigte die Grenzen dieser Integration, indem er protektionistische und interventionistische Reflexe hervorrief. Schließlich machten die demokratischen Übergangsprozesse in Südeuropa 1974–1975 es erforderlich, den Rahmen und die Ziele der europäischen Integration neu zu denken. All diese Krisen wurden durch die *Great Inflation* der Jahre 1967–1986 angeheizt.¹ Der Preisanstieg erreichte weltweit jährlich mehr als 10 %. Er betraf die europäischen Länder jedoch sehr unterschiedlich. Während die Bundesrepublik und die Benelux-Staaten ihn zwischen 4 % und 7 % eindämmen konnten, betrug er in Frankreich 8–10 %, in Großbritannien 11 %, in Italien und Spanien 13 % und in Portugal 19 %. Das Inflationsgefälle führte zu einer Wertsteigerung der DM von 1,39 Francs auf 3,25 Francs. In der gleichen Zeit fiel der Dollar von 4 DM im Jahr 1961 auf 1,82 DM im Jahr 1980.²

In diesem Kontext vermischtete sich nun die Furcht vor einer weltweiten *Desintegration* mit der Angst vor einer europäischen *Divergenz*, in der Annahme, dass wirtschaftliche Unterschiede zu einem nationalistischen Rückzug führen würden. Der neoliberale Traum von einer globalen *Integration* trat langsam zugunsten der Priorität einer regionalen *Konvergenz* in den Hintergrund. Außerdem wurde die europäische Konvergenz für die westdeutsche Wirtschaft umso notwendiger, da die vom Export abhängige Beschäftigung von 14,8 % im Jahr 1960 auf 29,4 % im Jahr 1984 stieg.³ Dies zwang die Bundesregierung ihre bislang atlantische Globalisierungsstrategie neu zu denken und sie auf eine regionale Stabilität zu gründen. Die europäische *Stabilitätsgemeinschaft* bedeutete für die westdeutsche Diplomatie gleichzeitig eine aktive Beteiligung am

¹ Vgl. Eich, Stefan/Tooze, Adam: »The Great Inflation«, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphaël/Thomas Schlemmer (Hg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, S. 173–196.

² Vgl. Chélini, Michel-Pierre: »European Inflation, 1973–1983. Issues and solutions«, in: Michel-Pierre Chélini/Laurent Warlouzet (Hg.), *Slowing Down Prices. European Inflation in the 1970s*, Paris: Presses de Sciences Po 2016, S. 39 und 44–46.

³ Vgl. W. Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 257 und 263.

Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die allmähliche Akzeptanz einer neuen Verantwortung der westdeutschen Währungs- und Finanzmacht in der Weltwirtschaft.

